

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter

Verlag Heinr. Fahrenbrach, Düsseldorf, Florstr. 7, Tel. 127 92. Druck und Versand Joh. van Aken, Krefeld, Luth. Kirchstr. 65, Tel. 246 14. Bestellungen durch die Post für den Monat 1.— M.

Nummer 6

Düsseldorf, den 11. Februar 1933

Verbandort Krefeld

Der Weg ins Ungewisse

Er ist nicht Cäsar

Herr Hitler und die Mitglieder seines Kabinetts, einschließlich des Herrn Hugenberg, haben nach ihrer Bestätigung durch den Reichspräsidenten den vorgeschriebenen Verfassungseid abgelegt. Sie haben die bestehende Reichsverfassung beschworen, dieselbe Verfassung von Weimar, die in der politischen Agitation ungezählte Male von ihnen abgelehnt worden ist. Das kann wenig besagen, aber auch ungemein viel. — Menschen mit Ehrgefühl und Sauberkeit der Gesinnung ist ein Eid heiligste und bindende, unwiderrufliche Willensbekräftigung. So bedeutet der geleistete Eid auf die Verfassung auch für die Männer der neuen Regierung und für Herrn Hitler letzte Verpflichtung. Verpflichtung, dem Geiste und den Gesetzen der Verfassung gemäß zu handeln und die Verfassungsrechte zu wahren.

Oberstes Gesetz der Verfassung aber ist das soziale Gesetz, das soziale Lebensrecht des Volkes.

Man mag — wir haben in den letzten Monaten üble Erfahrungen genug nach dieser Seite hin gemacht — an den Buchstaben der Verfassung drehen und deuteln, an diesen sozialen Grundrechten der Verfassung kommt keine Regierung vorbei, mag sie heißen wie sie will. Auch Herr Hitler und seine Regierung nicht.

Das aber ist die große offene Frage, vor die das neue Kabinett nun stellt: Ist Herr Hitler gemillt, diesem sozialen Grundgesetz der Verfassung Geltung und Verwirklichung zu verschaffen? — In seiner offiziellen Anfrage an Hitler hat der Prälat Kaas dieser Frage Ausdruck gegeben und sie auf die Hauptbedingungen, die sich daraus ergeben, präzisiert:

Welche Sicherheiten können seitens der Reichsregierung dafür gegeben werden, daß ihre Maßnahmen sich im Rahmen der Verfassung halten?

Ist die Reichsregierung insbesondere bereit, bindende Zusicherungen zu geben dafür, daß nicht auf Grund des sogenannten Staatsnotstandes verfassungswidrige Maßnahmen ergriffen werden?

Ist die Reichsregierung bereit, die baldige Rückkehr zu normalen verfassungsrechtlichen Verhältnissen in Preußen anzufügen, und in welcher Weise will sie diese Normalisierung durchführen?

Ist die Reichsregierung bereit, im Interesse des häuslichen Berufsstandes wie auch aus volks- und nationalpolitischen Gründen die Wiederaufnahme des umfassenden Stützwerkes in Angriff zu nehmen und gegen alle Widerstände durchzuführen?

Ist die Reichsregierung bereit, die größten sozialen Härten der Notverordnungen zu beseitigen und welche Einzelmaßnahmen in dieser Richtung sind von ihr vorgesehen?

Ist es richtig, daß das Arbeitsministerium abgebaut werden soll und wesentliche Teile seiner Zuständigkeiten dem neuernannten Krisenminister unterstellt werden sollen?

Gedenkt die Regierung das Koalitionsrecht im bisherigen Umfang aufrechtzuerhalten? Wie sieht die Reichsregierung zur Erhaltung der deutschen Sozialversicherung und des Tarifvertragsrechts?

Wie denat die Reichsregierung, einen gerechten Ausgleich zwischen der Förderung des deutschen Binnenmarktes und der lebensnotwendigen Ausfuhr zu sichern?

Ist die Reichsregierung bereit, Sicherungen dafür zu schaffen, daß jede Form von Inflation unterbleibt und finanzpolitische Experimente, die von gewisser Seite privat propagiert wurden, wirksam abgewehrt werden?

Die Antwort, die der neue Reichskanzler darauf gegeben hat, war die Auflösung des Reichstags. Das besagt vieles. Für uns ist es jedenfalls ein berechtigter Grund zu ernster Sorge über den Kurs, den Herr Hitler einschlagen wird.

Unsere Bedenken aber werden verstärkt durch die andere Überlegung: Selbst wenn Herr Hitler den besten sozialen Willen und die ehrlichsten sozialen Absichten hat — wird er in der Lage sein, sie zu verwirklichen? Wenn wir uns die Zusammensetzung seines Kabinetts ansehen, müssen wir diese Frage wiederum ernstlich bezweifeln.

Schauen wir uns — von der rein politischen Beantwortung völlig absehend — dieses Kabinett einmal daraufhin an, was sowohl wirtschafts- als sozialpolitisch davon zu erwarten ist, so finden wir diese Zweifel bestätigt.

Hinter Herrn Hitler, dem neuen Reichskanzler, sehen wir zunächst als eigentlichen Mentor dieses Kabinetts Herrn von Papen, den Vizekanzler. Seine wirtschafts- und sozialpolitische Einstellung ist uns allen noch in lebendigster Erinnerung und charakterisiert unter dem Motto: „Geschenke and Subventionen für die Besizenden — Schwerindustrie und Großagrarien — und Belastungen für das Volk, insbesondere Lohnabbau und Abbau der Sozialleistungen für die Arbeiterschaft.“

Neben ihm, und als einflussreichstes Kabinettsmitglied, aber steht Herr Hugenberg. Seine sozialreaktionäre Einstellung bedarf kaum einer besonderen Illustration. Er ist, auf einen kurzen Nenner gebracht, der größte Reaktionspolitiker der Nachkriegszeit und erbittertester Feind der unteren Volksschichten. In seiner Hand aber befinden sich die wichtigsten Ministerien: Reichswirtschafts- und Landwirtschaftsministerium und — nach der Zerschlagung des Arbeitsministeriums — die Abteilung für Tarifwesen und Arbeitsrecht.

Endlich aber sehen wir als dritten Faktor in dieser neuen Regierung Herrn Selbte, den neuen Reichsarbeitsminister. Was diesem „Arbeitsminister“ vom ehemaligen Arbeitsminister noch verbleiben ist, sind einige vom Wirtschaftsministerium völlig abhängige Dezernate für Jugendertüchtigung und Arbeitslofe. Was der neue „Arbeitsminister“ aber daraus machen wird, kann man bei der bekannten gemerkschaftsfeindlichen und vorkriegspatriarchalischen Einstellung des Herrn Selbte, und bei seinen „wirtschaftsfriedlichen“ und Arbeitsdienstplicht-Ideologien un schwer erraten.

Für eine soziale Volksfront!

Die christlichen Gewerkschaften zur Lage

Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften hat zur politischen Lage folgenden Aufruf an seine Mitglieder gerichtet:

Reichspräsident von Hindenburg hat mitten in der schweren Krise, die auf dem deutschen Volke lastet, eine folgenschwere Entscheidung getroffen. Beeinflusst von nichtverantwortlichen Ratgebern hat er der Regierung Schleicher das Vertrauen entzogen.

Die sich anbahnende Volksverbundenheit der Regierung Schleicher, ihr Festhalten an der Verfassung, ihr erfolgreiches Bemühen, die von der Regierung Papen verursachten Störungen zu überwinden, vor ihr die Feindschaft der Reaktion um Hugenberg und Papen zu. Die Behandlung des Ostfriesenkaudals und die vor allem von den Nationalsozialisten gefürchtete Reichstagsauflösung und nachfolgende Neuwahl verstärkten die Feindschaft gegen den „sozialen General“. Er mußte fallen. Der politischen Betriebsamkeit von Papens gelang es, die Nationalsozialistische „Arbeiterpartei“ und die soziale und politische Reaktion, die sich noch gestern lärmend bekämpften, zusammenzuführen.

Politischer Wachstums der Nationalsozialisten, Subventionsgier und Herrschaftsdünkel ostfriesischer Großagrarien, die arbeiter- und gewerkschaftsfeindliche Gesinnung Hugengeburs fanden sich zum Bunde gegen den sozialen Willen des verfassungstreuen deutschen Volkes.

Hindenburg hat das Kabinett der Harzburger Front, der Front der

Die anderen Minister des neuen Kabinetts aber — denen man gerne politische Mäßigung und Vernunft und ehrlicheres politisches Wollen für die Gesamtinteressen des Volkes zugeföhren kann — sind praktisch auf jene ausschlaggebende sozialwirtschaftliche und politische Tendenz des neuen politischen Kurzes so gut wie einflußlos. Sie mögen zu der schwachen Hoffnung berechtigen, daß wir entgegen berechtigter Befürchtungen vor neuen Währungs- und außenpolitischen Experimenten verschont bleiben, mehr aber nicht.

Wird aber Herr Hitler, das ist nun die entscheidende Frage, in der Lage sein, gegen jene sozialreaktionäre Tendenzen der von Papen — Hugenberg — Selbte (selbst wenn er es will) sich durchzusetzen? Wir bezweifeln es. Ganz abgesehen von der Frage: Welches sind die sozialen und wirtschaftspolitischen Bedingungen, unter denen diese seltsame Regierungskoalition zustande kam?

Wir hegen ernste Befürchtungen, die Herr Hitler, der neue Reichskanzler, letzten Endes auch nicht mit Worten und sozialen Beteuerungen entkräften kann, die er nur widerlegen kann durch Beweise.

Noch liegen die letzten nationalsozialistischen Anträge auf Aufhebung der Papenschen Emdenverordnungen in den Schubladen der Regierung. Wohlgerneht: die Anträge der e la a n n P a p e n, des neuen Reichskanzlers. Sie geben ihm die Möglichkeit, solche Beweise zu erbringen und zu zeigen, ob er gewillt und in der Lage ist, sozial zu handeln und dem Volke soziale Gerechtigkeit widerfahren zu lassen — nach der Verfassung, die er aufs neue beschworen hat.

Wir aber sind uns bewußt, daß wir in dieser Lage die gewerkschaftliche Geschlossenheit und Rückenbedeckung mehr denn je notwendig haben, um unsere Rechte zu behaupten. Vergessen wir nicht: der Weg, den wir unter dieser Regierung gehen, ist ein Weg ins Ungewisse!

Für eine soziale Volksfront!

Die christlichen Gewerkschaften zur Lage

Gegner seiner Wiederwahl zum Reichspräsidenten, unter Hillers Führung bestätigt.

Der volks- und arbeiterfeindliche Wille der Hugenberg und Papen werden den Regierungskurs bestimmen. Die Arbeiterchaft, die Arbeitslosen, die Sozial- und Kleinrentner, das merktätige Volk in Stadt und Land sollen wiederum die Leidtragenden sein.

Die Gefahr des unverföhnligen Auseinanderbrechens des deutschen Volkes ist da.

Christliche Gewerkschaftler, Kameraden der Arbeit, damit steht die deutsche Arbeiterchaft vor neuem, schwerem Kampf! Es wird ein bitterer und schwerer Kampf sein. Ein Kampf um Menschenrechte und Menschenwürde, um Arbeit und Brot.

Rüstet euch für diesen Kampf! Kein aufrichter Arbeiter darf mehr abseits stehen.

Arbeitende und arbeitslose Kameraden, ruft den letzten Mann auf, daß er sich zur Gewerkschaft, zu seiner Kampforganisation bekenne.

Die christlichen Gewerkschaften stehen mit ihrer ganzen Kraft für eure Rechte. Stärkt die gewerkschaftliche Macht! Für die freie deutsche Arbeiterchaft! Für eine soziale Volksfront! Für die Unantastbarkeit der Verfassung! Für ein aufrechtes Volksdeutschland!

Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

M. Kohorten marschieren: Man trägt ihm altrömische Standarten voran, grüßt ihn mit römisch-faschistischem Gruß und ruft ihm „Heil!“, ihm, dem Cäsar, der sich nun „an des Volkes Spitze“ stellte. Ihm, dem „Sieger“.

Er hätte seinen bejubelten „Sieg“ zwar schon früher haben können. Der glorreiche Einzug ins Reichskanzlerpalais ward ihm nicht erst heute und gestern und nicht nur aus Hugenberg — von Papens Händen freigegeben. Und nicht nur aus den verhassten „Systemparteien“ kam die Forderung, daß er nun endlich die Verantwortung übernehme, die ihm als Repräsentanten seiner nicht oft genug betonten „Millionendewegung“ zukam. Auch in den eigenen Reihen drängte man längst, mehr als ihm selber und mit ihm den unentwegten Anhängern der „Katastrophentheorie“ lieb war, zur Übernahme der Verantwortung. Man erkannte, daß man auf die Dauer mit dem Alles- oder Nichts-Standpunkt nicht mehr auskam; das Ergebnis der letzten Reichstagswahlen war eine deutliche Warnung. Und selbst auf die Gefahr hin, dadurch einen weiteren Anhängerverlust zu erleiden, zog man die Übernahme der Verantwortung dem weiteren Verharren in der Opposition vor. — Man weiß, wie stark diese Erkenntnis beeinflusste: bis fast zum Bruch in der Partei selbst, den man so glücklich vermieden hat. So entschloß man sich endlich zu dem „Sieg“, der gar keiner ist. „12 Millionen deutscher Nationalsozialisten traten durch das Tor des Staates“ — durch das Tor, das so lange von ihm für sie geschlossen war.

Und der „Führer“ bestieg den Kanzlerfessel — er, der Cäsar —

Eigentlich hat er wenig Cäsarhaftes an sich. Und noch weniger von einem Führer. Wenn man von dem Pomp römisch-faschistischer Primarierums abliest, bleibt nicht mehr viel übrig. Ein Tribun vielleicht, ein hervorragender Trommler und Massenbeweger, ein glänzender Propagandist und rücksichtsloser Agitator. — Aber ein Tribun ist noch lange kein Cäsar. Er ist höchstens An- und Eintreiber, Fronvoigt, aber nicht Cäsar.

Und „Er“ ist ebensowenig das, was wir unter einem wirklichen „Führer“ einer Bewegung verstehen!

Wir haben uns vor Wochen bereits einmal in einer Betrachtung der gesamtpolitischen Lage mit dieser Frage befaßt („Zwischen Parlament und Präsidialregierung“, „Textilarbeiter-Zeitung“ Nr. 49 vom 10. Dezember 1932) und feststellen müssen: Adolf Hitler ist nicht der Führer, sondern der Besessene seiner eigenen Partei. Die inzwischen fortentwickelten Verhältnisse haben das bestätigt. Nicht er bestimmte die Politik seiner Partei, sondern die gegenläufigen Einflüsse und Strömungen in der NSDAP, bestimmten ihn in seinem Handeln!

Das ist zwar ja zum Glück genug, brauchte aber noch nicht das Schlimmste zu sein.

Schlimm ist es, wenn dieser Besessene seiner Partei Führer des Volkes — und das ist ja wohl der Sinn der Reichskanzlerschaft — sein soll; des Volkes, dessen Wollen und Interessen längst nicht mit denen einer Partei, und sei sie auch zahlenmäßig noch so stark, auf einen gleichen Nenner gebracht werden können.

Schlimm er aber wird es, wenn dieser „Führer“ nicht nur „Gesänger der eigenen Partei“ ist, sondern darüber hinaus in die Abhängigkeit anderer Hintermänner zu geraten droht, deren Absichten mit dem Volkswillen und den Volksinteressen nichts zu tun haben: Aener reaktionären Kreise, deren ausschließliche Streben auf die soziale und politische Entrechtung des Volkes gerichtet ist. Dann kann solche Unfreiheit des Führers nicht nur ihm selber und seiner Bewegung, sondern dem ganzen Volke zum Verhängnis werden. Das aber ist die drohende Gefahr der gegenwärtigen Lage.

„Er“ ist nicht Cäsar. Und er ist auch nicht — wie seine Anhängererschaft es sich im „Siegestusch“ selbst vormacht — Präsidialkanzler mit allen Macht-Vollmachten. Aus

Der „Wohlfahrtsstaat“

„Siedlungs-Volkshewismus“ und Osthilfe-Sanierung.

seiner Bestimmung geht vielmehr hervor, daß er ebenso und vielleicht noch mehr „Bedingungskanzler“ einer ausdrücklich als Parlamentskabinett bezeichneten Regierung ist. Und trotz der wiederholten Enttäuschung, die Herr von Hindenburg seinen Wählern in diesen Tagen erneut bereitet, besteht keine Veranlassung, anzunehmen, daß der Reichspräsident Herr Hitler heute ohne jene Sicherungen als Kanzler bestätigte, die er gestern noch für notwendig hielt.

Aber: und das ist wiederum die Gefahrenseite dieser Kanzlerschaft: „Er“ ist auch nicht frei nach der anderen Seite hin. Er ist auch gebunden durch die bekannten und bis zur Stunde noch unbekanntesten Bedingungen seiner Koalitionspartner. Wir brauchen nur die Namen Hugenberg, von Papen und Selbste zu nennen, um deutlich zu machen, was das heißt. Wir brauchen nur daran zu erinnern, daß es die alte Harzburger Front ist, die sich in dieser Regierungskoalition wieder zusammengefunden hat. Das besagt genug. Die Arbeiterschaft kennt die sozialreaktionäre Einstellung jener Kreise.

Wie sehen die Bedingungen aus, die sie für die neue „Arbeitsgemeinschaft“ gestellt haben?

Wird „Er“ sich dem reaktionären Drängen der Hugenberg und Genossen entgegenstellen wollen und können? Das ist die erste Schicksalsfrage, die die kommenden Monate, ja vielleicht schon die nächsten Wochen entscheiden werden.

Wir verhehlen unsere ernste Sorge nicht. Wir wissen wohl, daß auch für die nationalsozialistische Partei vieles auf dem Spiele steht und vieles zu verlieren ist, wenn der reaktionäre Kurs der wahren „Mäler“ des neuen Kabinetts offenbar wird. Aber wir wissen auch, und das verstärkt unsere Sorge: „Er“ ist nicht Cäsar — und „Er“ ist auch nicht der „Führer“. Für die Arbeiterschaft aber steht alles auf dem Spiele! Bleiben wir uns dessen wohl bewußt! Seien wir wach und bereit, unsere Rechte zu wahren!

Es scheint notwendig, im Hinblick auf den Sturz des Kabinetts von Schleicher mit besonderem Nachdruck auf jene Vorgänge hinzuweisen, die nicht zuletzt Ursache für die plötzliche Verabschiedung des Herrn von Schleicher durch den Reichspräsidenten gewesen sind: Der Mißbrauch der Osthilfe mittel, die für die „Rettung des gefährdeten deutschen Ostens“ dienen sollten, durch das ostelbische Großagrarier- und -händlerum. Es sind jene selben Kreise, die als Klique der Großbesitzer hinter Herrn von Papen und seinen Helfershelfern und Gefährten stehen — die aus diesen Osthilfsmitteln ihre Wirtschaft und ihr Großmannsleben finanzieren: Ostdeutscher Adel, der sein eigenes Wohlergehen allein als „nationales Schicksal“ betrachtet; ehemalige hohe Militärs und „reinhäutige“ Stützen des Staates in Stiefeln und Sporen, die aus der Vorkriegszeit noch in lebendiger Erinnerung sind.

Herrn von Oldenburg-Januschaus politische Auffassung: „Die Volksrechte müssen zerstückelt werden!“ ist charakteristisch für die soziale Gesinnung dieser Klique! Und ebenso charakteristisch für ihre eigene „staatspolitische Gesinnung“ (oder Gesinnungslosigkeit!) ist des gleichen Herrn von Oldenburg-Januschaus „Sanierungspraxis“: Die sinkenden Güterpreise des vergangenen Jahres ausnützend, dehnt er seinen Großgrundbesitz durch Ankauf neuen Landes spekulativ aus — trotzdem er über keine entsprechenden Finanzmittel verfügt. Diese beschafft er sich aus der „Osthilfe“, aus der er sich auf Grund seines politischen Einflusses ein „Sanierungsdarlehen“ von 621 000 M. verschafft! So finanziert er seine Grundstückspekulationen aus Mitteln für den „notleidenden Osten“!

Das gleiche tut Herr von Knebel-Dobritz, der als Kandidat für das Ernährungsministerium sich bevorzugt „sanieren“ läßt, und Freiherr von

Wolff, der sich als Leiter der Osthilfe-Landesstelle Stettin ein hohes „Sanierungsdarlehen“ verschaffte, und Herr von Quast-Radensleben, der sich dadurch aus seinen durch leichtsinnige Verschwendungsfucht entstandenen Schwierigkeiten befreit, daß er sich eine Umschuldungshypothek von 250 000 M. und ein „Betriebsicherungsdarlehen“ von 31 000 M. beschafft, sowie Herr von Schoenermarck-Harnekopp, der ebenfalls „Privatschulden aus der „Osthilfe“ sanieren läßt.

Die übliche Methode ist dabei, daß man diese „Sanierungsgelder“ benutzt, um durch Familienangehörige oder durch die „Landtschaft“ im Einverständnis mit den Familienangehörigen die Güter zum Preise der 1. Hypothek ersteigern läßt, wobei die sogenannte „Umschuldungshypothek“ ausfällt — also daß man sich auf Kosten des Staates „gesund macht“.

Dafür ein Beispiel: Der Rittergutsbesitzer Willy Kroeck auf Tiefentkamm, Kreis Behlau, hatte 1928 Osthilfe beantragt. Seine Ehefrau hatte auf dem Gute eine Hypothek von 50 000 M. stehen. Es wurde ihr der gesamte Viehbestand in Höhe von 60 000 M. übereignet. 1927 war Tiefentkamm auf 556 800 M. geschätzt. Nach dem Antrag auf Osthilfe verlangte die Landesbank neue Schätzung, die am 31. Januar 1929 erfolgte. Der Rittergutsbesitzer vermachte dabei dem Taxator, daß der Viehbestand ihm nicht mehr gehörte. Infolgedessen wurde die frühere Schätzung für zutreffend erklärt. Darauf wurden 154 000 M. aus Mitteln der Osthilfe ausbezahlt. Kurz darauf mußte der Rittergutsbesitzer in Konkurs gehen. Bevor das Gut unter den Hammer kam, verschleuderte Frau Kroeck den Viehbestand für 36 000 M. und stellte das Geld ihrer 20jährigen Tochter als Bietungskautions zur Verfügung. Die Tochter ersteigerte das Gut. Die Familienanierung war glücklich.

Die Siedlungsabsichten zerlegt man dabei auf folgende Weise:

Corsebius, Görken, Kr. Br.-Eylau, ein bekannter Zuchtbetrieb! Sowohl 1928 als auch 1929 fand eine Umschuldung statt, wobei fast 80 000 M. Hypotheken gegeben wurden, obwohl die Schulden zum wesentlichen Teil aus hohem Privateinwand stammten. Obwohl festgestellt wurde, daß dem Betrieb nicht geholfen

werden konnte, er aber für die Siedlung geeignet ist, wurden 1930 nochmals 30 000 M., davon 10 000 M. als verlorener Zuschuß bewilligt. Außerdem wurde auf Wirtschaftsberatung, Umstellung und Betriebskontrolle verzichtet. Seit der Auszahlung der 30 000 M., die zum größten Teil an einen Hauptgläubiger gestossen waren, waren noch nicht sechs Monate vergangen, da ergab sich, daß Kredite nicht helfen konnten. Nunmehr wurde die teilweise Befriedung ins Auge gefaßt, wofür etwa die Hälfte des Betriebes vermerdet werden sollte und die Zucht erhalten bleiben konnte. Trotzdem entfiel die Landesstelle, daß nur etwa ein Zehntel besiedelt werden und auf die vorher gegebenen 30 000 M. verzichtet werden sollte. Corsebius setzte dann durch, daß auf die Siedlung völlig verzichtet wurde!

Das sind die Methoden der „Osthilfe“-Mugnießer, zu denen übrigens auch eine Anzahl Angehöriger der ehemaligen Fürstenfamilien, so der Familie von Schönau-Carolath, der frühere Prinz von Schönburg-Waldenburg usw., gehören. Es sind jene „treu-deutschen“ Katastrophopolitiker, die beim Zusammenbruch 1918 plötzlich verschwunden waren — und später, als sie wieder auftauchten, und — nicht zuletzt bei der Fürstenabfindung! — die Sprache wieder fanden, auf die „schmutzigen Westen“ der Nachkriegspolitik nicht genug schimpfen konnten — die Leute mit der „weißen Weste“ —

Das Volk leidet Not. 3,5 Millionen deutscher Bauern kämpfen hart auf ihrer Scholle; 72 000 Betriebe — von den 543 000 Betrieben, die im Gebiet der „Osthilfe“ liegen und sich bis auf jene aus eigener Kraft halten — beantragten Sanierung — und ein paar Duzend „Prominenter“, eine kleine Klique, schöpft das Fett ab!

Als aber Herr von Schleicher sich nicht bereit findet, diesen Osthilfe-Mißbrauch zu decken und vor dem Lichte der Öffentlichkeit zu verbergen — wird er gestürzt; denn er handelte ja so nicht „national“! Dieser Vorgang kennzeichnet nicht nur jene Klique selbst, die dieses neue politische Intrigenpiel trieb — sondern auch ihre Helfer und Helfershelfer.

Die Arbeiterschaft mag sich das gut einprägen! Sie zahlt die Zechel!

Spiel im Dunkeln

Der Reichspräsident in der Isolation.

Ueber die Vorgänge, die in den Tagen vor und nach der Auflösung des Kabinetts von Schleicher sich hinter den verschlossenen Türen des Reichskanzlerpalais abgespielt haben, wird vielleicht erst nach Jahren einmal volle Klarheit geschaffen werden. Tatsache, und für jenes Intrigenpiel, das in diesen Tagen getrieben wurde, immerhin außerordentlich aufschlußreich ist die Feststellung, daß der Reichspräsident Herr von Hindenburg selbst in diesen Tagen in einer nahezu hermetischen Abgeschlossenheit gehalten worden ist und daß man mit Erfolg alle Personen und Abordnungen von ihm fernhielt, deren Meinung und Wünsche den Bestrebungen jener Kreise nicht entsprachen, die in diesem Spiel die Regie führten. Schon am 27. Januar, als die ersten Gerüchte über den bevorstehenden Sturz der Regierung Schleicher bekannt wurden, schickte der Vorsitzende des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften dem Reichspräsidenten folgende Schreiben:

Hochverehrter Herr Reichspräsident!

Die Krisengerüchte und alarmierenden Seruitärungen, die Regierung von Schleicher sollte durch eine andere Regierung ersetzt werden, haben in unseren Kreisen lebhafteste Beunruhigung hervorgerufen. Dies um so mehr, als den Kreisen, welche das Kabinett von Schleicher bekämpfen und laut seine Beseitigung verlangen, weiterhin die Verbundenheit mit dem Volke fehlt; hinzukommt, daß sie durch die Art ihres Vorgehens die Staatsautorität auf das schärfste beeinträchtigen.

Die Bildung einer neuen Regierung aus den Kreisen, die den Rücktritt des Kabinetts von Schleicher verlangen, würde den katastrophalen Zustand, wie wir ihn unter dem Kabinett von Papen hatten, wieder herbeiführen und die sozialen Spannungen gewaltig verschärfen. Die Unklarheit im Reich und Verfassungslernen würde sich weiterhin verschärfen und das Vertrauen in weiten Kreisen restlos erschüttern.

Wir bitten Sie, hochverehrter Herr Reichspräsident, herzlich und dringend, nicht der Forderungen und Wünschen der verhassten Kreise nachzugeben. Die christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung hat das Vertrauen, daß Sie, Herr Reichspräsident, getreu auf Ihre Verbundenheit mit dem ganzen Volke, die jetzige Regierung nicht zugunsten einer volksfremden und sozialverwerflichen Regierung ersetzen werden. Ebenso vertraut sie fest darauf, daß Sie an der Verfassung nicht rütteln lassen werden.

Am 28. Januar, als diese Gerüchte sich immer mehr verbreiteten, verfaßten die Gewerkschaftsvertreter der verschiedenen Richtungen erneut, mit dem Reichspräsidenten Fühlung zu bekommen, um ihm die ersten Bedenken der Arbeiterschaft zu den krisenbedingten politischen Vorgängen zum Ausdruck zu bringen. Angeblich aus

„technischen“ Gründen aber wurde das Ersuchen der Gewerkschaftsführer um eine persönliche Aussprache mit Herrn von Hindenburg abgelehnt. Darauf sandten der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, der allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund, der allgemeine freie Angestelltenbund, der Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter, Angestellten und Beamtenverbände und der allgemeine deutsche Beamtenbund an den Reichspräsidenten erneut folgendes Telegramm:

Hochverehrter Herr Reichspräsident!

In tiefer Sorge über die unser Volk beunruhigenden und bedrohenden politischen Geschehnisse sind die Gewerkschaften aller Richtungen zur Beratung der überaus ernsten Lage zusammengetreten. Sie halten sich in dieser entscheidenden Stunde für verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß die Berufung einer sozialreaktionären und arbeitereindlichen Regierung von der gesamten deutschen Arbeitnehmerschaft als eine Herausforderung empfunden werden würde. Die Gewerkschaften erwarten, daß Sie, Herr Reichspräsident, allen möglichen Bemühungen, die auf einen Staatsstreich hinzuläufen, Ihren entschiedenen Widerstand entgegensetzen und auf einer verfassungsmäßigen Lösung der Krise bestehen.

Auch diese Warnung der Arbeitnehmer vor dem betriebenen politischen Intrigenpiel blieb zunichte.

Nicht allein von den Gewerkschaften aber wurden die Versuche zur Verhinderung jenes politischen Kulissenspiels unternommen, auch die Vertreter der Industrie und ebenso Vertreter des Handels versuchten in jenen Tagen vergebens, eine Rücksprache mit dem Reichspräsidenten zu erreichen, um ihn auf die drohenden politischen Gefahren aufmerksam zu machen und ihre Bedenken auszusprechen. Auch ihnen wurde angeblich aus „technischen“ Gründen mitgeteilt, daß eine persönliche Rücksprache mit dem Reichspräsidenten nicht möglich sei.

Der Reichspräsident, Herr von Hindenburg, wurde so besetzt in einer völligen Isolation gehalten — offenbar um ihn umso leichter unter den Einfluß der Hugenberg-von Papen und des Großagrarierums zu halten. Die inzwischen eingetretenen politischen Vorgänge zeigen deutlich warum. — Man darf mit Recht die Frage aufwerfen, ob jenes Intrigenpiel gegliedert wäre, wenn der Reichspräsident auch in diesen entscheidenden Tagen Gelegenheit genommen hätte, mit den Vertretern der breiten Volksschichten — der Arbeiterschaft — wie des Handels und der Industrie Fühlung zu behalten. Welche Folgen diese Brüskierung haben wird, wird die kommende Entwicklung zeigen.

Brüning - Schleicher

Eine Parallele zum Regierungsturz

Die Kreise, die den Sturz des Kabinetts Schleicher herbeiführten, waren dieselben, die auch beim Sturz Brüning zusammenarbeiteten: Eine kleine, aber einflussreiche Klique ostpreussischer Junker und Großagrarier, Arm in Arm mit den politischen Machtreibern der westdeutschen Schwerindustrie. Im Vordergrund Herr Hugenberg als der politische Manager dieser Kreise, Herr von Papen als der Mann der „politischen Querverbindungen“, der Kämpfer um die sogenannte „nationale Konzentration“ und endlich Herr Adolf Hitler als der „Geschobene“, der Mann auf dem Sprungbrett nach dem Reichskanzlerposten. Schleicher und recht hat man so — unter Hilfsstellung des Stahlhelmführers Selbste — die bekannte „Harzburger Front“ wieder hergestellt. Die uneinigen Brüder fanden sich in der Aussicht auf eine lockende gemeinsame Leute wieder zusammen. — Wie lange ihre neue „Einigkeit“ anhalten wird, bleibt abzuwarten.

Auch die Mittel, die jene Regierungsjünger bei der Beseitigung des Kabinetts Schleicher anwandten, waren die gleichen, die sich schon beim Sturz Brüning bewährt hatten: Stärkste Beeinflussung des Reichspräsidenten Hindenburg gegen Herrn Schleicher, insbesondere durch jene im Hintergrunde stehende Klique der Ostpreußen, denen der Reichspräsident leider nur zu gutgläubig sein Ohr leih. Und Konzentrierung einer sogenannten „Volksmeinung“ durch die Nationalsozialistische Partei gegen das Kabinett Schleicher, um dem Reichspräsidenten auch die angebliche „Ablehnung des Kabinetts Schleicher durch das Volk“ zu demonstrieren. Wiederrum hat Herr Hitler dabei — ebenso wie beim Sturz Brüning — der sozialen Reaktion vorzüglich in die Hände gearbeitet. Man wird mit ihm zufrieden sein. Die in seiner „Bewegung“ angelegten Samen haben sich geerntet.

Endlich aber sind auch die Gründe, mit denen man den Sturz des Kabinetts Schleicher motivierte und zu erreichen mußte, die gleichen, die bereits den Sturz Brüning möglich machten:

Ebenso wie der Kanzler Brüning vor jenen Kreisen der Reaktion der Kanzler Schleicher zu sozial (sprich: „nationalist“) Die Zustände in der Landwirtschaft in der Einführung des Margarine-Butter-Beimischungsverzuges und der Industrie in der Aufrechterhaltung der Beschäftigungs-Steuer-Prämien machte, änderten daran nichts. Die Tatsache, daß er einerseits die unsinnige Lohnabbaunotverordnung von Papens aufhob und zum anderen den Osthelferummel nicht deckte und vor der Öffentlichkeit nicht verbar, genügt. Weil Herr von Schleicher sich nicht bereit fand, die Politik der Geschenke und Subventionen für die „Großen“ und der Belastung der Massen fortzusetzen, mußte er gestürzt werden. Weil er mit den Gewerkschaften Fühlung nahm, deshalb wurde er zum „Räuber“ gestempelt, und weil er die Behandlung der Osthilfe-Skandale im Reichstag nicht verhinderte, deshalb war er bei den Großagrarern der „Volkshewist“, als den man ihn beim Herrn von Hindenburg verdächtigte und im Mißkredit brachte. Genau wie sein Vorgänger Brüning!

Wir haben aus unserer Reserve gegenüber dem Kanzler von Schleicher niemals einen Hehl gemacht. Wir haben ausdrücklich bei seinem Regierungsantritt diese unsere Zurückhaltung und abwartende Stellung betont. Es ist bezeichnend für den Geist jener Kanzler-Stürzer, daß schon diese abwartende „Stellungnahme der Arbeiterschaft genügt, dem neuen Kanzler ihre erbitterte Feindschaft einzutragen. Sein offenkundiges Bestreben um die Inneholung einer sauberen und gerechten nationalischen Linie aber gab den Ausschlag. Dieser Mann, der „beinahe so schlimm war wie Brüning“, mußte verschwinden. So wurde auch Schleicher das Opfer der Intrigen der sozialen Reaktion.

Die Arbeiterschaft mag sich diese Wiederholung des alten Intrigenspiels, das bereits bei Brüning sich zeigte und jetzt sich bei Schleicher wiederholte, eine Warnung sein lassen. Die Reaktion ist am Werke! Tragen wir Sorge, daß die Arbeiterschaft abwehrbereit!

Herrn von Papens „Haß“ —

Die folgenden Zeilen wurden geschrieben, als an die politischen Intrigen der letzten Wochen noch niemand dachte. Sie behalten aber auch jetzt, nach der Verschiebung der politischen Lage, noch ihre Bedeutung.

Herr von Papen, den das politische Schicksal so überraschend schnell aufs „tote Gleis“ brachte, kann sich offenbar noch immer nicht an den Gedanken gewöhnen, daß seine politische „Führer“-Rolle über das deutsche Volk ausgespielt ist.

So auch, wenn er als Festredner der Magdeburger Stahlhelm-Gründungsfeier sein „soziales Bekenntnis“ obliegt. — Wo bei die Arbeitererschaft feststellt, daß Herr von Papen reichlich spät zu dieser Erkenntnis sich fand.

Aber uns interessiert nicht nur dieses Bestreben Herrn von Papens um seine Popularität; uns interessiert auch dieses „Bekenntnis“ selbst nicht so sehr, wenn Herr von Papen erklärt, daß er „innerlich keiner deutschen Partei angehöre“.

Doch Herr von Papen haßt nicht nur das von ihm beschenkte Großkapital. „Ebenso haße ich“, so fährt er fort, „die klassenkämpferische Front des Arbeitnehmers und der Gewerkschaften.“

Wer hilft?

Infolge Arbeitsmangel mußte die Firma Karl Becking in Bremen verüßigt arbeiten. Da nur Bestellungen auf einfache Stühle vorhanden waren, wurde durch Verhandlungen seitens des Betriebsrates mit der Firma vereinbart, daß, um Entlassungen zu vermeiden, die eine Hälfte der Belegschaft die erste Woche und die andere Hälfte in der zweiten Woche usw. abwechselnd auf denselben Stühlen arbeiten sollten.

Als nun die Firma wieder zur Vollarbeit überging, wurde einem Teile der Belegschaft die Kurzarbeiterunterstützung seitens des Arbeitsamtes abgelehnt mit der Begründung, daß im Sinne der Verordnung der Kurzarbeiterunterstützung für diese die Kurzarbeiterunterstützung nicht mehr gezahlt werden könne.

K a r l B e c k i n g

Die Prophezeiungen der RGO.

Ein Nachwort zu den Vorgängen in Gladbach-Rheydt

Schon vor und während der Tarifbewegung im Gladbach-Rheydter Bezirk machten sich die Vertreter der RGO. überall in den am Gladbach-Rheydter Tarifvertrag interessierten Textilorten in besonderer Weise bemerkbar.

Zwei jenseits sich diese „Auch-Arbeiter-Vertreter“ nicht, bemußt Tatsachen zu verschweigen und zu verdrehen und Unwahrheiten zu verbreiten, die ebensoviele zum Schaden der Arbeitererschaft waren, wie sie den Unternehmern willkommen sein mußten.

Die feindlichen Brüder

Die Harzburger Front im eigenen Urteil.

Sie haben sich wieder gefunden. In der neuen Regierungskoalition ist die alte Harzburger Front zu neuem Leben erwacht. Auf wie lange braucht heute nicht erörtert zu werden. Daß sie früher oder später, wie bereits wiederholt, wieder auseinanderfallen wird, ist wahrscheinlich.

Da ist zunächst Herr Eugenberg mit seiner Partei, Geheimere Kommerzrentat, Finanzrat und nach eigener Feststellung „alleiniger Träger des wahrhaft nationalen Gedankens“.

Seine Harzburger Freunde beurteilen Herrn Eugenberg allerdings wesentlich anders. Das heißt immer dann, wenn sie mit ihm nicht einig werden konnten und ihre gemeinsame „Front“ zerbrach.

Herr Eugenberg ist allerdings nicht weniger gehässig, wenn er — natürlich nur in Zeiten, da die beiderseitige Freundschaft nicht recht klappen will — das Urteil über seine Bundesgenossen fällt.

Aber das ist natürlich ebenso nur „Verärgerung“ und Mißgunst auf die guten Geldquellen, die Herrn Eugenberg fließen.

Nicht minder offener und deutlich sind die Meinungen, die Stahlhelm und Nationalsozialisten übereinander äußern, wenn sie nicht gut aufeinander zu sprechen sind.

Gerichte über den angeblich geplanten Lohnraub an der Arbeitererschaft. In metergroßen Buchstaben konnte man die Anschriften dieser kommunistischen Propaganda an Häusern und Zäunen lesen.

Die Unternehmer aber konnten sich ins Fäustchen lachen: Noch selten ist soviel von einem Lohnabbau in der Gladbach-Rheydter Textilindustrie gesprochen worden wie in diesen Tagen von den Kommunisten.

Schwerindustrie oder (was gleichbedeutend ist) des Herrn Eugenberg zu sein und wissen, einer vom andern, von „Arbeitererrat“ und „nationalemerrat“ zu berichten.

Herr Seidte, der aus seinem Stahlhelm mittels der Stahlhelmselbsthilfe gerne einen „Gewerkschaftsladen“ aufmachen möchte, ist nach den Berichten der Nationalsozialisten dann „von den Unternehmern abhängig“.

Aber auch das tun sie natürlich nur, wenn sie sich zanken. Wenn sie einig sind, ist das natürlich alles nicht wahr.

Warum? — Die Arbeiterschaft mag sich nach jener Selbstbeurteilung der feindlichen und jetzt wieder so einigen Brüder selbst die Antwort geben.

mühlen und von einem „neuen Lohnabbau“ faheln, anstatt sich um Tarifverbesserungen zu bemühen.

Die Gewerkschaften ließen sich durch diese „Arbeiter-Interessenvertretung“ der RGO. nicht beeinflussen. Ungeachtet der Hege der Kommunisten führten sie die Verhandlungen zum Abschluß.

Und die RGO.? Wo bleibt sie jetzt mit ihren Prophezeiungen? Anstatt des von ihr angekündigten „Lohnraubs“, den angeblich die Gewerkschaftsführer hinter dem Rücken der Textilarbeiter mit den Unternehmern vereinbart hatten, sind Erfolge erzielt worden.

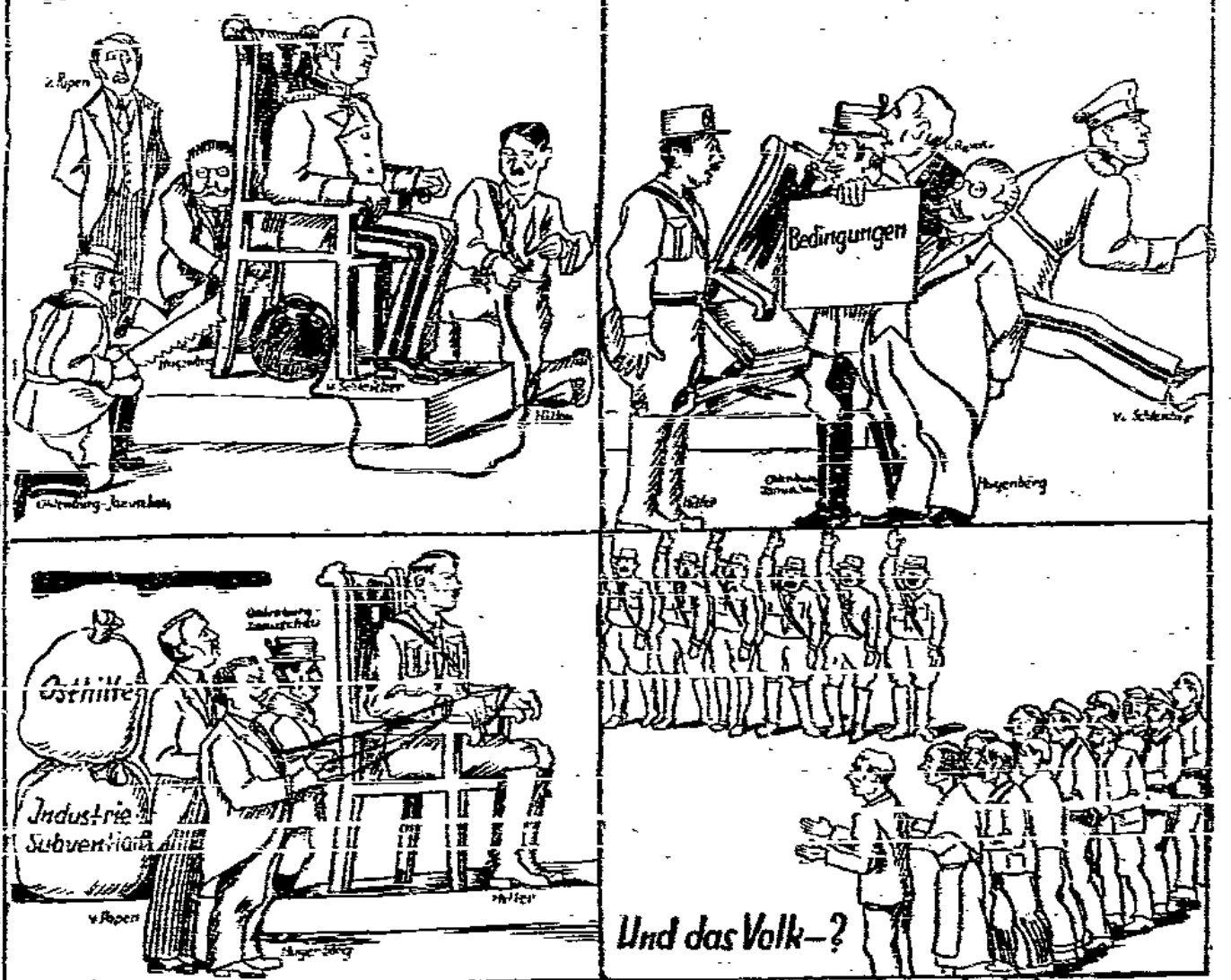
Die Gladbach-Rheydter Vorgänge haben zweierlei gezeitigt: Eine glänzende Blamage der RGO.-Lohnabbau-Prophezen und die erneute Bestätigung, daß die Interessen der Arbeiterschaft nicht von radikalen Hezern und Schreibern, sondern nur durch verantwortungsbewußt arbeitende Gewerkschaften gewahrt werden können.

Der neue Bericht über die Arbeit des I.B.C.G.

Das Sekretariat des Internationalen Bundes der christlichen Gewerkschaften hat seinen Bericht über die Zeitspanne 1928 bis 1932 veröffentlicht. In diesem etwa 600 Seiten umfassenden Werk gibt der Generalsekretär eine eingehende Uebersicht über die Entwicklung und die Tätigkeit der christlichen Gewerkschaftsbewegung.

Ueber die nationale christliche Gewerkschaftsbewegung in den angeschlossenen Ländern sowie über die fünfzehn christlichen Fachinternationalen enthält das Buch eine Fülle interessanter Angaben. Daneben umfaßt es die stenographische Niederschrift der Verhandlungen des im Juni 1932 in Antwerpen stattgefundenen internationalen Kongresses mit dem wörtlichen Text der gehaltenen Referate über die Wirtschaftskrise und über die soziale und wirtschaftliche Lage in den Kolonien.

Der Streit um die Kanzlerschaft!



Die Regierungskrise, wie das Volk sie sieht

Wie wir zu einem Jugendheim kamen

Schon lange lebte in uns der Gedanke, für unsere Mädels und Jungs ein Eigenheim zu schaffen. Gerade die Wirtschaftskrise und deren Auswirkungen ließ uns die Bedeutung für die äußere Entwicklung und innere Festigung unserer Jugendbewegung klar erkennen. Bisher hielten wir unsere Gruppenabende in einem Wirtschaftshaus ab. Da die meisten von uns arbeitslos waren und keinen Besseren in der Tasche hatten, wurden die Schlotterigkeiten immer größer. Dazu kommt, daß ein oder, stiller Wirtschaftsräum bei jungen Menschen keine Stimmung auszulösen vermag.

Sowohl Gruppen oder Vereine haben Eigenheim. Sollte uns die Schaffung eines solchen nicht auch möglich sein? Mit frischem Mut und ohne die damit verbundenen Schwierigkeiten zu übersehen, machten wir uns an die Arbeit. Unser Plan war, einen ausgemusterten Eisenbahnwagen zu kaufen und den für unsere Zwecke herzurichten. Ein Grundstück wollte uns ein Kollege, dessen Eltern ein kleines Eigentum haben, zur Verfügung stellen. Die Mittel zum Ankauf des Wagens sollten in Verbindung mit der Ortsgruppe aufgebracht werden.

Im August wandten wir uns an die zuständige Reichsbahnverwaltung mit der Bitte um Überlassung eines ausgemusterten Wagens. Wir erhielten Bescheid, daß ausgemusterte Personen-Wagenkästen für 250,- bis 300,- RM und Güter-Wagenkästen für 150,- bis 200,- RM zu kaufen seien. Das war uns zuviel. In einem Schreiben schilderten wir unsere Notlage und legten den Zweck unseres Vorhabens dar. Wir erreichten eine Herabsetzung der Preise auf 150,- RM für einen Personen-Wagenkasten und auf 100,- RM für den Güter-Wagenkasten. Der Preis versteht sich ohne Langträger. Diese können für

30.- RM bezogen werden, sind aber nicht unbedingt erforderlich. Den Wagenpreis konnten wir notfalls in Monatsraten von 5.- RM bezahlen.

Es wurde uns empfohlen, die Ausbesserungswerke Köln-Mippes oder Kreisfeld-Opplim zu besuchen, um dort einen für uns geeigneten Wagen auszusuchen. Wir fahren hin und erhielten einen solchen zum Preise von 150,- RM zugeprochen. Dem Ausbesserungswerk waren außerdem noch 35.- RM Abbaukosten zu ersehen. Diese können in drei Raten bezahlt werden. Dazu kommen die Kosten für den Abtransport.

Wir haben den Wagen seit einigen Wochen schon an Ort und Stelle. Unser Jugendheim ist im Hofraum fertig. Nach hartem und ungeliebtem Kampf ist das Heim nun schmuck und wohlhinlich gestaltet und die Inneneinrichtung beschafft worden. Die meisten der erforderlichen Arbeiten werden von den Gruppenmitgliedern selbst ausgeführt. So arbeiten wir gemeinsam an der Herichtung und Ausgestaltung unseres Heimes. Dafür wird es uns auch doppelt lieb und teuer sein.

So sind wir also dank der gesunden Einstellung des Ortsgruppenvorstandes und dank des Gemeinschaftsgeistes der Gruppenmitglieder zu unserem Eigenheim gekommen. Früher bezahlten wir 6.- Mark Miete pro Monat für zwei Gruppenabende. Jetzt aber können wir nach Herzenslust zusammenkommen. Der Vorteil ist unübersehbar. Wohl ist der von uns beschriebene Weg zunächst mit Kosten verknüpft. Auf die Dauer aber kommen wir billiger davon. Gruppenführer und -führerinnen, die nach R. Glabach kommen, sind freundlichst eingeladen, unser Heim zu besichtigen. Vielleicht, daß unser Vorhaben anderen Gruppen die gleiche zu tun.

Johann Borgartz

Berichte aus den Ortsgruppen:

Coesfeld. Bericht über die 30-Jahrfeier der Ortsgruppe Coesfeld. Zu einer eindrucksvollen Feststunde hatten sich die Kolleginnen und Kollegen sowie Freunde und Gönner des christlichen Textilarbeiterverbandes im Arbeiterreinhause versammelt. Der Vorsitzende der Ortsgruppe, Kollege Frick Sieber, eröffnete die Festversammlung. Er gab in kurzen Zügen die Entstehungsgeschichte der Coesfelder Ortsgruppe bekannt. Besonders dankte er den zahlreich anwesenden Jubilaren für ihre in der damaligen Zeit geleistete Arbeit. Weiter hieß er dann eine große Anzahl Gäste willkommen, die es sich nicht hatten nehmen lassen, als Freunde der Arbeiterschaft zu einer solchen eindrucksvollen Feststunde zu erscheinen. Ganz besonders hieß er aber auch den Schriftleiter der Verbandszeitung, Kollegen Otto Maier aus Düsseldorf, willkommen, der in Coesfeld kein Unbekannter mehr ist. Nach einigen Musikstücken und einem Festvortrag nahm dann Kollege Maier das Wort zu seiner Festansprache. Er wies darauf hin, daß das 30-jährige Gewerkschaftsjubiläum ein Gedächtnis für eine verdienstvolle 30-jährige Arbeit am sozialen und kulturellen Aufbau der Arbeiterschaft sei. In langjähriger Arbeit habe die Gewerkschaft dieses Ziel zu erreichen gesucht. Der Kampf um die Gleichberechtigung des Arbeiters ist zwar in vielen Teilen gewonnen, aber die Wandlung der Verhältnisse sei im Außenbereich geblieben. Der soziale Frieden habe sich immer wieder als Scheinfriede erwiesen; immer wieder werde versucht, die Arbeiterschaft um ihre in langjähriger Arbeit errungenen Erfolge zu bringen. Heute stehen wir wieder mitten in einer Krise, und sogar ein großer Teil der Arbeiterschaft habe den Mut verloren und die Platte ins Korn geworfen. Aber dennoch hat sich die Arbeit der Gewerkschaften in der heutigen Zeit als Erfolgsarbeit erwiesen. In den Gewerkschaften ist die soziale Reaktion gezeitert, ihre Bedeutung daher doppelt groß. Die Gewerkschaftsbewegung hat niemals sich selber gesucht, sondern sie hat mit nationalem Sinn wieder dem ganzen Volke gedient. Besonders im Ruhrkampf und in der Befreiungsarbeit Brandenburg hat die soziale Arbeiterschaft den anderen Volksteilen gezeigt, was national und die christliche Arbeiterschaft kann aber nur einen Staat bejahen, der ein Volkstaat und kein Klassenstaat ist. Noch ist dieses Ziel nicht erreicht, aber in Reich und Glied mit der christlichen Gewerkschaftsbewegung arbeiten die christlich-kommunistischen Arbeitervereine sowie eine große Anzahl Freunde in anderen Berufsständen, die alle entschlossen sind, miteinander und mit dem ganzen deutschen Volke in die Zukunft zu gehen.

Reicher Beifall dankte dem Kollegen Maier für seine Ausführungen, und der Vorsitzende Sieber forderte alle noch Anwesenden auf, sich dem Bestreben zur christlich-nationalen Arbeiterbewegung zu bekennen. Einige jedoch vorzeitigem Schluß ließen den zweiten Teil der Versammlung ein Kollege Formann, der Vorsitzende des Bezirks- und Ortsrats der christlichen Gewerkschaften und einer der Gründer, überbrachte die Grüße der beiden Parteien. Die Feststunde wurde er für die den Jubilaren gemachten ehrenvollen Worte und gab der Genehmigung Ausdruck, mit welcher Begeisterung sich die junge Generation der Gewerkschaften angeschlossen habe.

Den Ausklang der Feststunde bildete die Auführung des Wanderspiels „Gedächtnis an Kollege Sieber“, das im Spiel einige erhellende Ausführungen dazwischen, so daß das Spiel allen Anwesenden verständlich wurde. Die vom St. Paulus gesungene Liebe als Ausklangpunkt der christlichen Arbeiterbewegung kam durch das Spiel stark zum Ausdruck. Kollege Sieber dankte allen für ihr Erscheinen, besonders auch denen, die an dem Gelingen der Festveranstaltung mitgeholfen haben.

Als Ausklang des Festes fand dann am Abend ein Tanzabend statt, zu dem sich die Mitglieder der Ortsgruppe mit ihren Angehörigen wieder in großer Anzahl eingefunden hatten. P. B.

Kreisfeld. Die Ortsgruppenleitung hatte ihre Mitglieder auf den 25. Januar 1933 zur Jahresgeneralversammlung eingeladen. Der Vorsitzende, Kollege Klaphor, konnte gegen 7.30 Uhr eine größere Anzahl von Mitgliedern begrüßen. Erfreulicherweise war die Jugend stark vertreten. Nach Verlesung des Protokolls durch

Mitgliederversammlung. Thema: „Die wichtigsten Bestimmungen der Invalidenversicherung“. In der Aussprache meinte eine ältere Kollegin: Man muß da auch immer nur hineinzahlen und bekommen doch nichts; meine Mutter hat Jahrzehnte Invalidenbeiträge geleistet und erhält trotzdem keine Rente. Einige Fragen ergeben den Sachverhalt.

Die Mutter zahlte vom Jahre 1891 bis 1913 Beiträge. In dem Jahre heiratete sie zum zweiten Male und zahlte keine Beiträge mehr. 1919, als sie gerade 65 Jahre alt wurde, starb ihr Mann. Weil sie sechs Jahre keine Beiträge mehr geleistet hatte und glaubte, daß deswegen die Anwartschaft verloren sei, stellte sie keinen Antrag auf Rente. Ihr war unbekannt, daß die Anwartschaft nicht verloren ist, wenn die so-

den Schriftführer, Kollegen Driegen, gab der Vorsitzende einen eingehenden Jahresbericht. Aus demselben ging hervor, daß trotz der wirtschaftlichen Krise der Verband zwar geschwächt, aber immer noch seine alte Kraft besitzt. Selbiges kann auch gesagt werden vom dem Bericht, den der Kassierer, Kollege Heunen, nach dem Lesen des Berichtes folgendes Ueberbringen der Jahresführer und -führerinnen über ihre Tätigkeit im vergangenen Jahre. Über hier konnte festgestellt werden, daß, wenn auf der einen Seite ein Ab-, auf der anderen Seite ein Aufwärtis zu verzeichnen hatten. Diesen Berichtes folgten nunmehr die Belehren: a) zum Vorstand, b) zu den Parteidelegierten. Die ausführenden Mitglieder wurden, mit Ausnahme des Schriftführers Driegen, der sein Amt nicht mehr ansahen wollte, einstimmig wiedergewählt. Nunmehr erteilte der Vorsitzende dem Schriftführer Klaphors das Wort. In kurzen Strichen gab derselbe einen Ueberblick über die wirtschaftliche und sozialpolitische Lage im Jahre 1932. Seine Ausführungen klängen in der Feststellung aus, daß die gewerkschaftlichen Organisationen im Jahre 1932 bewiesen haben, daß sie nicht zur Machtlosigkeit verurteilt, sondern ihrem Zweck zu verbleiben ist, daß die Regierung Papen gestürzt und an dessen Stelle die Regierung Scheider trat, die die arbeiterschaftlichen Forderungen nicht aufgegeben hat. Diese Nach der Gewerkschaften zu kämpfen, muß Aufgabe aller sein im Jahre 1933. Möge jeder die Stunde erkennen und sich bemühen, daß, wenn die Befreiung der Wirtschaft eintritt, wir keine Gewerkschaften haben müssen, aus der Verzweiflung in langwieriger, organisierter Inaktivität, niedergelagerten mit einem Appell an die Organisations des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter im Jahre 1933 zu machen, schloß der Redner seine Ausführungen. Der Vorsitzende Klaphor dankte dem Redner und forderte die Anwesenden nochmals an, in der Verbandsarbeit nicht zu erlahmen und daß der Festung Ausdruck im kommenden Jahre jedes Textilarbeiter und jede Textilarbeiterin der Verbandsorganisation zu leisten.

Laer. Die Jahreshauptversammlung unserer Gewerkschafts- und Werkjugend fand am 20. 1. im Jugendheim statt. Nach herzlichem Worten der Begrüßung gab der Vorsitzende einen Bericht über das verstlossene Jahr. Aus seinen Ausführungen war zu entnehmen, daß die Gruppe im verstlossenen Jahr eine rege Tätigkeit entfaltet hat. Nachdem er den Vorstandsmitgliedern für ihre Arbeit im verstlossenen Jahre gedankt hatte, gab der Kassierer den Kassienbericht. Ihm wurde Entlastung erteilt. Dann schritt man zur Vorstandswahl, die folgendes Ergebnis hatte: 1. Vorsitzender Bernh. Kösters, 2. Vorsitzender Bernh. Braune, 1. Schriftführer Fr. von Bewern, 2. Schriftführer Alfons Winter, Kassierer Aug. Wortmann, Vertrauensleute Mloys Prinz und Heinz Ahmann, Beisitzer Heinz Kempfer und Wilh. Bessels. Anschließend referierte Geschäftsführer Naberhäuser über die heutige Wirtschaftslage. Er erwähnte zum Schluß alle, treu und fest zur christlichen Gewerkschaftsbewegung zu stehen. Dann ergriff der Präses Vikar Jochen das Wort und dankte allen Mitgliedern für ihre geleisteten Arbeiten. Nach kurzer Aussprache schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Beyberg. Am 28. Januar hielt unsere Ortsgruppe ihre Jahreshauptversammlung ab. Dieselbe war außerordentlich gut besucht. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten und nach Neuwahl des Ortsgruppenvorstandes hielt der Kollege Tacke, Glabach-Kehrdt, einen Vortrag über: „Die Bedeutung der christlichen Gewerkschaften in Gegenwart und Zukunft“. Besonders ging er dabei ein auf die letzten Vorgänge im Glabacher Bezirk. Er bewies am Hand des getätigten Tarifabschlusses in Glabach-Kehrdt, daß auch heute noch die christlichen Gewerkschaften erfolgreich kämpfen könnten, wenn die Arbeiterschaft in unverbrüchlicher Treue zu ihr stehe. Trotz einer geradezu unerhörten Hege der RGO, sei es gelungen, Verbesserungen für die Arbeiterschaft im neuen Tarifvertrag zu erzielen. Damit wäre nicht nur die Abbaumelle gebremst, sondern man könne feststellen, daß eine Wende in der Tarifpolitik herbeigeführt sei. Dieser Erfolg müsse sich unter allen Umständen agitatorisch auswirken. In der Ortsgruppe Beyberg seien bereits glänzende agitatorische Erfolge aufzuweisen, insofern, als es im letzten Quartal gelungen ist, rund 80 neue Mitglieder zu gewinnen. Erhöhte Kampfbereitschaft und verstärkte Aktivität werden uns im Jahre 1933 zu weiteren Erfolgen für die Arbeiterschaft führen. Im weiteren Verlauf der Versammlung erzaute uns die Mandolinenaufführung mit Musikvorträgen. Den Abschluß bildete eine Verlosung.

Achtung, Lohnsteuererstattung!

Es dürfte nur wenig bekannt sein, daß nach dem Wegfall der Rückerstattung zuviel gezahlter Lohnsteuer im Jahre 1931 dennoch unter gewissen Voraussetzungen eine Lohnsteuererstattung möglich ist. Der § 131 der Reichsabgabenordnung gibt nämlich den Finanzämtern das Recht, dort, wo in einzelnen Fällen durch besondere Verhältnisse die Einziehung von Steuern unbillig wäre, bereits entrichtete Steuern zu ersehen.

Die Voraussetzungen für die Erstattung von Lohnsteuern liegen dann vor, wenn der Lohnsteuerpflichtige durch Unterhalt oder Erziehung der Kinder — einschließlich der Berufsausbildung derselben — außergewöhnlich belastet ist. Ferner, wenn der Steuerpflichtige mittellose Angehörige mit unterhält, selbst, wenn sie nicht zum Haushalt des Steuerpflichtigen zählen. Auch ungewöhnliche Ausgaben wegen Krankheit und Unglücksfällen in der Familie oder ähnliches können die Rückerstattung von Lohnsteuer begründen.

Der Antrag auf Lohnsteuererstattung ist eingehend zu begründen. Um Rückfragen zu vermeiden, empfiehlt es sich, alle Unterlagen, die das Bedürfnis für die Rückerstattung beweisen, beizulegen.

Ein Rechtsanspruch auf die Rückerstattung von Lohnsteuer besteht nicht. Das Finanzamt entscheidet hierüber nach freiem Ermessen. Es kann die Steuer ganz oder zum Teil erlassen. Der Antragsteller hat jedoch das Recht, gegen einen ablehnenden Bescheid innerhalb eines Monats Einspruch beim Finanzamt zu erheben. R. W.

St. Blasien. Am 20. Januar fand unsere Generalversammlung statt. In Vertretung des 1. Vorsitzenden konnte der Kollege Driegen eine schöne Zahl Mitglieder begrüßen. Daran war zu erkennen, daß die Textilarbeiter, trotz langer Arbeitslosigkeit, sich mit dem Verband verbunden fühlen. Der Jahresbericht des Kollegen Bruggert gab ein ausführliches Bild über die Tätigkeit der Ortsgruppe. Es fanden die üblichen Mitgliederversammlungen und Vorstandssitzungen statt. Eine große Protestversammlung beschäftigte sich mit den Papenschen Notverordnungen. Der Kassienbericht des Kollegen Jampfer zeigte einen starken, nicht vermunderlichen Rückgang der Einnahme, dagegen ganz wesentliche Unterstützungssätze aus der Zentralkasse. Im 1. Quartal des Berichtsjahres wurden für Arbeitslosenunterstützung über 3000,- M. verausgabt. Daneben seien erwähnt die zahlreichen Einspruchssachen beim Arbeitsamt, Kollege Becker hob hervor, daß infolge der schon über ein Jahr anhaltenden Arbeitslosigkeit nur noch wenige Mitglieder es sind, die den Verband nicht mit erheblichen Erfolgen in Anspruch genommen haben. Erfolge bis zu M. 200,- innerhalb einzelner Familien dürfen nicht vereinigt sein. Die Reichswahlen bestätigten einmütig die bisherigen Vorstandsmitglieder in ihren Ämtern. Dem Vortrag des Kollegen Hundt, in welchem das Jahr 1932 mit seinen vielen Notverordnungen und die Pläne der sozialen Reaktion gestreift wurden, folgte ein Bericht der Kollegin Oberländer über ihren 14-tägigen Kursaufenthalt in Königswinter. Ein gemüthliches Stündchen bildete den Abschluß der schon verlaufenen Generalversammlung.

Wipperfürth. Eine feste treue Dienstleistung vollbrachte unser alioherreiter Kassierer der Ortsgruppe Wipperfürth, Josef Kaffelsteper, Wipperfürth, Glabacherstr. 40. Derselbe hatte am 1. Januar 1933 genau 33 Jahre der Ortsgruppe als Kassierer gedient. Er war in seinen Arbeiten pünktlich und korrekt, und man konnte sich auf dieselben unbedingt jederzeit verlassen. Nun hat leider dieser treue Kollege seinen Posten als Kassierer niederlegen müssen, da man ihm seines vorgerückten Alters keine weitere langjährige Schicksal halber nicht noch weitere Dienstleistung für unseren Verband zumuten kann. Daher sah es der Vorstand der Ortsgruppe Wipperfürth als seine Pflicht an, ihn in der letzten Vorstandssitzung besonders zu ehren. Der Kollege Alfbed, B. Varmen, überreichte ihm im Namen des Vorstandes ein kleines sinnreiches Geschenk und unterließ es bei dieser Gelegenheit nicht, auf die unbedingte Treue und Zuverlässigkeit des Kollegen Kaffelsteper hinzuweisen und ihn als leuchtendes Beispiel für die Mitgliedschaft in unserem Textilarbeiterverband allgemein hinzufügen.

Wage diese absolute Treue und Hingabe unseres verehrten Kollegen Kaffelsteper besonders Nachahmung finden in der Jugend unserer Gewerkschaftsbewegung, dann braucht uns nicht um die Zukunft bangen zu sein. Wir aber wünschen unserem lieber Kollegen Kaffelsteper, daß er seine alten Tage in wohlverdienter Ruhe verbringen möchte und sich an dem Wachsen und Aufblühen der Ortsgruppe Wipperfürth nach stündig erfreut.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Der Weg ins Ungewisse. — Für eine soziale Volksfront. — Er ist nicht Kaiser. — Spiel im Dunkeln. — Der „Wohlfahrtsstaat“. — Brüning — Scheider. — Herr von Papens „Fah“. — Wer hilft? — Die Prophezeiungen der RGO. — Die feindlichen Brüder. — Der neue Bericht über die Arbeit des F. B. C. F. — Wie wir zu einem Jugendheim kamen. — Eine lohnende Versammlung. — Achtung! Lohnsteuererstattung. — Berichte aus den Ortsgruppen: Coesfeld. — Kreisfeld. — Laer. — Beyberg. — Gardt. — St. Blasien. — Wipperfürth.

Schriftleitung: Otto Maier, Dort, Florstr. 7.

Eine lohnende Versammlung

genannte Dreiviertelbedeckung vorliegt. Paragraph 1280 der RGO bestimmt nämlich, daß die Anwartschaft nicht erloschen ist, wenn die zwischen dem erstmaligen Eintritt in die Versicherung und dem Versicherungsfall liegende Zeit zu mindestens drei Vierteln durch ordnungsmäßig verwendete Beitragsmarken belegt ist. In dem fraglichen Falle lagen zwischen dem Eintritt in die Versicherung und dem Versicherungsfall (Zeitpunkt des Rentenanspruches) 28 Jahre; davon waren 22 Jahre lang Beiträge geleistet worden. Nachdem die Versicherter schon über 10 Jahre Anspruch auf Rente hatte, stellte der Verband den Antrag. Die Mutter der Kollegin erhielt 386,- Reichsmark für ein Jahr nachbezahlt und eine monatliche Rente von 32,- RM.

Gardt. Die Generalversammlung unserer Ortsgruppe tagte am 22. Januar im Jugendheim. Der Vorsitzende eröffnete morgens um 11.15 Uhr die Generalversammlung mit der üblichen Begrüßung. Der Schriftführer verlas das Protokoll der vorherigen Generalversammlung, welches einstimmig wurde. Kollege Wilh. Hermann gab dann als Kassierer den Kassierenbericht des letzten Jahres. Er führte die Kassenverhältnisse so treffend vor Augen, daß jeder Anwesende einen Einblick in das Beitrags- und Unterhaltungsvermögen der Organisation gewinnen konnte. Man konnte sich an Hand dieses Berichtes ein Bild davon machen, welche gewaltige Summen an Arbeitslosen- und Krankenunterstützung unser Verband an seine Mitglieder zahlt. Der Bestand der Ortsgruppenkasse beträgt am Schluß des Jahres noch 373,75 M. Die Revisionen beantragten die Entlastung des Kassierers, welche einstimmig erteilt wurde. Der Vorsitzende Kollege Peter Heinrichs gab darauf den Jahresbericht und führte den Anwesenden das Leben in der Ortsgruppe und die Tätigkeit des Vorstandes im verstlossenen Jahre vor Augen. Er bewies nicht uneben die Beitragsfrage und ermahnte die Mitglieder zur Treue gegenüber dem Verband und forderte sie auf zur positiven Mitarbeit an der Stärkung desselben. Kollege Wilh. Hermann schied als Kassierer aus, ebenso der Schriftführer und der 2. Vorsitzende. Als Kassierer wurde einstimmig der Kollege Wer Patte und zum Schriftführer und 2. Vorsitzenden die Kollegen Wilh. Jaspers und Joh. Päßgen wiedergewählt. In Revisionen wurden die Kollegen Wilh. Speiters und Franz Jaspers gewählt bzw. wiedergewählt. Alle nahmen die Wahl an. Anschließend machte der Vorsitzende einige Mitteilungen über die gegenwärtige Lage der Bewegung im Glabacher-Kehrdter Bezirk, dem sich eine sehr lebhafte Diskussion anschloß, wobei jeder frei von der Reber weg seine Meinung kundtat. In den Ausführungen der Diskussionsredner machte sich eine große Kampfbereitschaft bemerkbar. Dann gab der Vorsitzende einige Ausführungen über die Bürgermeier. Hiermit schloß er die gut besuchte Generalversammlung und dankte allen für ihr Erscheinen. (Es war mittlerweile 1.30 Uhr geworden.)